
9900/AB XXIV. GP

Eingelangt am 01.02.2012

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für Finanzen

Anfragebeantwortung

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

Wien, am Jänner 2012

GZ: BMF-310205/0251-I/4/2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 10044/J vom 1. Dezember 2011 der Abgeordneten Dipl. Ing. Gerhard Deimek, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich, Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Die rechtlichen Grundlagen sind bilaterale Verträge.

Zu 2.:

Die Republik Österreich wird aktuell u.a. von folgenden Ratingagenturen bewertet: Standard & Poor's, Moody's, Fitch, Dominion Bond Rating Service, sustainalytics und oekom research. Die Gesamtkosten, die die Republik Österreich jährlich für Ratingagenturen aufwendet, hängen vom Emissionsvolumen ab und liegen unter 0,0003% des Finanzschuldenportfolios des Bundes. Rund ein Drittel davon entfällt auf Research-Datenbankzugänge, der Rest auf die Kosten für den Ratingprozess.

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Zu 3.:

Das ist dem Bundesministerium für Finanzen nicht bekannt.

Zu 4.:

Nein. Die Datenquellen für Analysten sind vielfältig. Sie betreffen sowohl quantitative als auch qualitative Faktoren. Viele Daten sind öffentlich zugänglich. Erläuterungen erfolgen in Gesprächen mit Experten vor Ort.

Zu 5.:

Die Kosten des Aufenthalts sind dem Bundesministerium für Finanzen nicht bekannt.

Zu 6. bis 11. und 15.

Das ist dem Bundesministerium für Finanzen nicht bekannt.

Zu 12. und 13.:

Eine Beauftragung erfolgte nicht durch die Republik Österreich.

Zu 14.:

Die Kosten übernimmt nicht die Republik Österreich.

Mit freundlichen Grüßen